

**Armin Simon**, Referent für Atompolitik und Reaktorrisiken, **.ausgestrahlt**

Autor der TRAS-Studie „Grenzenloses Risiko: Gefährdung Deutschlands durch schwere Unfälle in Schweizer Atomkraftwerken“, 2025

Zitate zur Vorstellung der Studie auf der LPK Stuttgart am 26.06.2025

Alle vier AKW in der Schweiz stehen sehr **nahe an der deutschen Grenze**, alle vier sind schon mehr als 40 Jahre alt. Keines der AKW entspricht Sicherheitsanforderungen, die man heute an ein AKW stellt. Keiner der Reaktoren würde heute mehr eine Genehmigung erhalten.

Ein Super-GAU in einem Schweizer AKW hätte mit großer Wahrscheinlichkeit **drastische Auswirkungen auf Deutschland**. Dennoch ist die Gefahr, die von den grenznahen Reaktoren ausgeht, hierzulande bisher kaum bekannt. Die Studie zeichnet ein umfassendes Bild davon, mit welchen Folgen in Deutschland zu rechnen ist, wenn es in einem der Schweizer AKW zu einem schweren Unfall kommt.

Die Ausbreitung der radioaktiven Wolke und der radioaktive Fallout hängen vom Wetter und vom Unfallverlauf ab. Simulationen mit realen Wetterdaten zeigen aber, dass Deutschland bei einem Atomunfall in einem Schweizer AKW die Hauptlast tragen würde: **Deutschland würde im Mittel aller Wettersituationen mehr Strahlung abbekommen als die Schweiz selbst** und auch als jedes andere Land. Es würden größere Gebiete stärker kontaminiert (und somit auch ggf. langfristig unbewohnbar). Es müssten voraussichtlich mehr Menschen fliehen oder evakuiert werden. Mehr Menschen würden Gesundheitsschäden erleiden bzw. sterben.

Das bei einem schweren Atomunfall in einem Schweizer AKW freigesetzte radioaktive Jod kann in ganz Deutschland zu einer **gesundheitsgefährdenden Strahlenbelastung der Schilddrüse** führen. Um das Risiko, an Schilddrüsenkrebs zu erkranken, zu reduzieren, müssten v.a. Kinder und Jugendliche, in vielen Fällen auch Erwachsene, bis in vielen Hundert Kilometern Entfernung vom AKW hochdosierte Jodtabletten einnehmen – und zwar passgenau kurz vor Durchzug der radioaktiven Wolke.

Nach einem Atomunfall in einem Schweizer AKW müssten bei entsprechender Wetterlage weite Teile Baden-Württembergs und gegebenenfalls sogar Bayerns großräumig evakuiert werden. Betroffen wären unter Umständen Regionen bis

in mehreren Hundert Kilometern Entfernung. Die **Evakuierungszone** könnte nicht nur die Großstadt Freiburg i. Br., sondern auch Städte wie Karlsruhe, Stuttgart, Mannheim, Heidelberg, Reutlingen, Heilbronn, Ulm, Nürnberg, Augsburg und München umfassen. Auch die gleichzeitige Evakuierung mehrerer Großstädte oder etwa des gesamten Oberrheingrabens könnte erforderlich sein. Darauf ist der Katastrophenschutz nicht ausgelegt.

Die 2015 als Konsequenz aus der Reaktorkatastrophe von Fukushima beschlossene Ausweitung der Evakuierungszonen von 10 auf 20 Kilometer ist in Südbaden **bis heute noch nicht umgesetzt**.

Durch die Kontamination des Bodens mit radioaktivem Cäsium können immense Gebiete selbst in großer Entfernung vom AKW **dauerhaft unbewohnbar** werden. Viele Tausend, in ungünstigen Fällen auch mehrere Hunderttausend oder gar Millionen Menschen in Süddeutschland und darüber hinaus, könnten dauerhaft ihre Wohnung, ihren Arbeitsplatz und ihre Heimat verlieren. Auch soziale Strukturen werden so zerstört. Betriebe verlieren ihre Existenzgrundlage. Kontaminierte Gebiete scheiden auch für die **landwirtschaftliche Nutzung** aus. Die Versorgung mit unbelasteter Nahrung kann massiv beeinträchtigt werden.

Ein schwerer Unfall in einem Schweizer AKW gefährdet die **Trinkwasserversorgung** aller Gemeinden, über deren Wassergewinnungsgebieten die radioaktive Wolke abregnet. In Gefahr ist auch die Pumpstelle der **Bodenseewasserversorgung** im nordwestlichen Ausläufer des Bodensees (Überlinger See), welche große Teile Baden-Württembergs mit Trinkwasser versorgt. Dringt radioaktives Wasser aus einem havarierten AKW direkt die angrenzenden Flüsse Aare und Rhein, ist etwa im Großraum Basel mit einer vieltausendfachen Überschreitung der Trinkwasser-Toleranzwerte zu rechnen.

**Landes- und Bundesregierung dürfen das Atom-Risiko aus der Schweiz nicht länger ignorieren.** Sie müssen sich einsetzen für eine **deutsch-schweizerische Energiewendepartnerschaft**, von der beide Länder profitieren, und für eine **Laufzeitbegrenzung** und **verbindliche Abschaltzeiten** für alle Schweizer AKW.